

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: Quo vadis Europa?; The Financial Times - Ein unvermeidlicher Erfolg; The Economist - Ein entnervendes Phänomen; Die Weltwoche - Die doppelten Zungen Europas; Comabt - Über jeden Streit erhaben; The Guardian - Halsstarriger de Gaulle?; New Statesman - Londoner Tagebuch; International Herald Tribune - Auf der Suche nach einer Détente; Pravada - Der Streit um Berlin

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1969) : Blick in die Weltpresse: Quo vadis Europa?; The Financial Times - Ein unvermeidlicher Erfolg; The Economist - Ein entnervendes Phänomen; Die Weltwoche - Die doppelten Zungen Europas; Comabt - Über jeden Streit erhaben; The Guardian - Halsstarriger de Gaulle?; New Statesman - Londoner Tagebuch; International Herald Tribune - Auf der Suche nach einer Détente; Pravada - Der Streit um Berlin, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 3, pp. 123-124

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133946>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

BLICK IN DIE WELTPRESSE

Quo vadis Europa?

Die Europareise gab Präsident Nixon die beste Gelegenheit, gleich zu Beginn seiner Amtstätigkeit die politischen Komplikationen des alten Kontinents kennenzulernen. Seit Nixon vor etwa einem Jahrzehnt eine wichtige Rolle spielte, hat sich die europäische Szenerie gründlich geändert.

THE FINANCIAL TIMES

Ein unvermeidlicher Erfolg

London, 3. 3. 1969: Nachdem jetzt die Fahnen wieder eingeholt sind, müssen sich alle Beteiligten auf die harten Realitäten besinnen. Die Beurteilung der europäischen Situation durch den Präsidenten und seine Ratgeber wird die zukünftige amerikanische Politik beeinflussen. Den stärksten Eindruck auf den Präsidenten wird wahrscheinlich das Ausmaß der europäischen Zersplitterung gemacht haben. Tatsächlich sind jedoch diese Meinungsverschiedenheiten nicht tiefgehender als sie es in den letzten Jahren der Regierung Johnson waren. Der Streit um die WEU und die Affaire Soames haben sie nur ins grelle Licht gerückt.

Im Augenblick gehen die Amerikaner davon aus, daß der beste Kurs für sie in einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu den einzelnen europäischen Ländern liegt. Das kam sehr deutlich in der Art zum Ausdruck, wie Präsident Nixon seine jeweiligen Gesprächspartner ansprach. Jedem wurde das gesagt, was er zu hören wünschte.

Genauer ausgedrückt heißt das: Weder London noch Paris sollten die Tatsache übersehen, daß im Falle einer größeren Betonung der bilateralen Beziehungen die Amerikaner Deutschland die höchste Bedeutung zumessen werden. Geographische, militärische, politische und auch monetäre Erwägungen, sie alle weisen in diese Richtung.

The Economist

Ein entnervendes Phänomen

London, 8. 2. 1969 (Leitartikel): Die Motive sind auf beiden Seiten nichts als lauter, aber weder Präsident Nixon noch seine Gastgeber sollten sich zu dem Glauben verleiten lassen, daß bei diesem

Besuch eine Chance bestünde, das Problem zu lösen, das John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson in ihren Beziehungen zu Europa solche Schwierigkeiten bereitete.

Dieses Problem besteht darin, daß Europa zu stark geworden ist, um sich ohne Murren mit dem in den fünfziger Jahren üblich gewesenen amerikanisch-europäischen Verhältnis abzufinden, das seinem Wesen nach eine Beziehung zwischen Führer und Geführten darstellte. Aber es ist noch zu schwach, um eine klare Alternative zu diesem Verhältnis finden zu können. Solange sich jedoch die Europäer in dieser merkwürdigen Zwangslage befinden, sind sie weder eine friedfertige Gefolgschaft noch brauchbare Partner der USA.

In der politischen Situation Europas hat sich seit der Zeit vor neun oder zehn Jahren ein sonderbarer Wandel vollzogen. Die Führung dieser Länder ist parallel zu deren materieller Erstarkung schwächer geworden. Ein entnervendes Phänomen, das die Arbeit des amerikanischen Präsidenten keineswegs erleichtert.

DIE WELTWOCHEN

Die doppelten Zungen Europas

Zürich, 28. 2. 1969 (Willy Guggenheim): Es gehört zum Vokabular der politischen Hypokrisie unserer Tage, von europäischer Einigung zu sprechen. Dabei sind die embryonalen Institutionen der Integration oder politischen Koordination zu eigentlichen Kampfinstrumenten nationaler Politik geworden. Frankreich, das den politischen Oberbau der EWG erfolgreich sabotiert hat, benützt die Sechs dazu, um Englands Ansturm zu parieren. London versucht, die Westeuropäische Union in einen Rammbock umzuschmieden, um so de Gaulle an der Flanke anzugreifen. Aber alle sind sie natürlich ehrenwerte Europäer, die lediglich das Interesse des alten Kontinentes im Auge haben.

Während die Bundesrepublik Deutschland, Europas dritter Großer nach dem Krieg, nur als „guter Europäer“ überhaupt wieder politisch salonfähig werden konnte und sich für ihre Sicherheit bedingungslos unter den Atomschirm der Vereinigten Staaten stellen mußte, verfolgten Paris und

London weltpolitische Klein-Ambitionen: Auf den Trümmern ihrer Kolonialreiche suchten sie Reste von Einflußsphären zu erhalten.

Combat

Über jeden Streit erhaben

Paris, 28. 2. 1969: Die „großen Zwei“ der atlantischen Gemeinschaft – Amerika und Westdeutschland – beklagten unter sich den Streit von zwei kleineren, etwas ungestümen Nationen, beunruhigten sich aber nicht sonderlich darüber. Die wolkenlose Atmosphäre in Bonn sollte eigentlich niemanden überraschen. Deutschland zog einen unerwarteten Vorteil – den es aber auszuschlachten weiß – aus dem lächerlichen Streit zwischen England und Frankreich. Welcher westliche Alliierte ist in amerikanischen Augen mustergültiger als Westdeutschland? Es ist daher verständlich, daß Probleme, die Deutschland zur Debatte stellt, Mr. Nixon gewichtiger erscheinen als de Gaulles Machtstreben und Mr. Wilsons Winkelzüge.

The Guardian

Halsstarriger de Gaulle?

Manchester, 26. 2. 1969 (Stanley Henig, Labour-Abgeordneter): Unser oberflächlicher Triumph in der WEU hat zur Verschleierung der Tatsache beigetragen, daß wir von jedem einigermaßen bedeutenden Fortschritt ebensoweit entfernt sind wie zuvor. Wieder einmal schwenken die Deutschen im Augenblick der Wahrheit auf die französische Linie zurück. Warum wollen wir uns nicht eingestehen, daß unsere Außenpolitik einen Fehlschlag erlitten hat, und warum suchen wir nicht nach Alternativen?

Die deutsche Reaktion sollte uns der nackten Wirklichkeit gegenüberstellen. Großbritannien und Frankreich haben viele gemeinsame Interessen (die wir nicht immer mit Deutschland teilen). Eine Bereinigung unserer Differenzen im Zusammenhang eines politischen Rapprochement sollte nicht unmöglich sein. Falls Harold Wilson für Großbritannien tatsächlich eine bedeutende Rolle in Europa wünscht, sollte er jetzt eine Gipfelkonferenz mit de Gaulle mit einem unbegrenzten und an keine Bedingungen geknüpften Programm anstreben.

NEW STATESMAN

Londoner Tagebuch

London, 21. 2. 1969 (Paul Johnson): Was hoffen die Franzosen durch dieses eigenartige Verhalten eigentlich zu erreichen? Es ist ihnen jetzt vielleicht sogar gelungen, die lethargischen Deutschen zu kränken. Die WEU ist das einzige ge-

eignete Forum für eine Diskussion des Gemeinsamen Marktes, zu dem auch Großbritannien Zugang hat. Die Franzosen können Großbritannien einerseits nicht beschuldigen, nicht genügend „europäisch“ zu sein (was immer das heißen mag), und uns gleichzeitig daran hindern, daß wir uns selbst durch derartige Zusammenkünfte in europäischen Gedankengängen schulen. Das erinnert an den Kalifen, der den Befehl gab, die Bibliothek von Alexandrien zu verbrennen, und dazu bemerkte, daß die Bücher, falls sie mit dem Koran übereinstimmten, überflüssig, wenn sie es nicht täten, unwahr seien. Das gleiche halten die Gaullisten von Verhandlungen. Hat man die gaullistische Wahrheit erkannt, braucht man nicht überzeugt zu werden – hat man dies aber nicht, ist man für jede Unterhaltung zu dumm und böseartig.

INTERNATIONAL

Herald Tribune

Published with The New York Times and The Washington Post

Auf der Suche nach einer Détente

New York, 28. 2. 1969 (C. L. Sulzberger): Mit erstaunlichem Erfolg ist es de Gaulle mit Schmeicheleien und Drohungen gelungen, den Gemeinsamen Markt zu einer Anerkennung der führenden Rolle Frankreichs zu bewegen, Großbritannien auszuschließen und Westdeutschland zu zügeln. Aber der General weiß natürlich, daß er auch mit der gesammelten Stoßkraft dieses von ihm geblendeten „Kleineuropa“ nicht hoffen kann, es mit der Macht einer der beiden Supermächte aufzunehmen.

Aus diesem Grunde versucht er mit größter Sorgfalt, eine Macht gegen die andere auszuspielen. Gegenwärtig steht der General vor einem „Rapprochement“ mit den Vereinigten Staaten, aber er gibt sich gleichzeitig größte Mühe, alle Welt daran zu erinnern, daß Frankreichs traditionelle Interessen sich oft mit denen Rußlands deckten. Er bleibt bei seiner Suche nach einer Ost-West-Détente und hofft auf den Tag, wenn diese Détente die Lage im Mittelmeer durch Abzug der amerikanischen und russischen Flotten entspannen könnte.

PRAVDA

Der Streit um Berlin

Prag, 25. 2. 1969: Präsident Nixons Deutschlandbesuch ist von besonderer Bedeutung. Bonn wünscht, daß die USA sich noch mehr in Westdeutschlands gefährliches Spiel um Berlin verwickeln lassen, und versucht, die beiden Weltmächte an den Rand der Konfrontation zu bringen. Die jüngsten Entwicklungen in der Berlinkrise deuten jedoch darauf hin, daß die Großmächte in direktem Kontakt einen Weg gefunden haben, der zu einer Entspannung in Berlin führen könnte.